

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 10.02.2016
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Renken, Bernd

SPD-Fraktion

Bruns, Ludger für Elfriede Meyer
Götze, Horst
Mecklenburg, Rico
Meyer, Lina für Benjamin Swieter
Paßmann, Annette
van Hoorn, Sigrid

CDU-Fraktion

Hegewald, Reinhard
Kronshagen, Heinrich für Herbert Buisker

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Böckmann, Jürgen für Katja Lechner

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Engelberts, Michael
Florian, Rainer für Insa Molthagen-de Beer
Kalvelage, Arthur
Passe, Heino
Seeck, Dietmar
Stüber, Gudrun
ten Doornkaat, Jelste

Verwaltungsvorstand

Bornemann, Bernd Oberbürgermeister

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas
Baumann, Albert
Buß, Thomas
Lier, Robert

Protokollführung

Rauch, Agnes

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Renken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Renken bittet darum, die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte „Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder“ und um die T-Vorlage „Einführung eines Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) Wirtschaft“ zu erweitern.

Herr Hegewald weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion zu den Raumwünschen seitens der IGS einen Antrag gestellt habe. Er würde auf der heutigen Tagesordnung diesen Antrag nicht wiederfinden.

Herr Buß entgegnet, der Antrag sei von Herrn Bongartz nach einer kurzen Diskussion in der vergangenen Sitzung zurückgezogen worden. Die Verwaltung habe seinerzeit zugesagt, zwischenzeitlich mit der Schulleitung zu sprechen und erneut vorzutragen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Herr Renken nimmt die Verpflichtung des stimmberechtigten sonstigen Mitgliedes Jelste ten Doornkaat gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 32), des Schulausschusses (Nr. 28) und des Sportausschusses (Nr. 11) am 17.09.2015

Beschluss: Das Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 32), des Schulausschusses (Nr. 28) und des Sportausschusses (Nr. 11) am 17.09.2015 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 30 über die Sitzung des Schulausschusses mit den Vertretern des Schulausschusses des Landkreises Aurich am 16.11.2015

Beschluss: Das Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Schulausschusses mit den Vertretern des Schulausschusses des Landkreises Aurich am 16.11.2015 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Genehmigung des Protokolls Nr. 31 über die Sitzung des Schulausschusses am 19.11.2015

Beschluss: Das Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Schulausschusses am 19.11.2015 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 7 Einführung der Fachschule Heilerziehungspflege
Vorlage: 16/1988

Herr Buß erläutert zunächst die Vorlage und weist darauf hin, dass die Mindestzahl der Anmeldungen, die von der Landesschulbehörde vorausgesetzt würde, in der Begründung nicht korrekt sei. Es seien nicht 14, sondern 27 Anmeldungen für die Einrichtung der Schule erforderlich.

Herr Renken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius erklärt, er würde den Antrag der BBS als eine Zukunftsperspektive sehen. Gerade auch im Bereich der Heilerziehungspflege würden seiner Ansicht nach jetzt schon viele Arbeitskräfte fehlen. Die Einrichtung dieser Fachschule sei für die Stadt Emden positiv. Daher werde seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Hegewald führt aus, es sei bisher üblich gewesen, dass bei einer gewissen Nachfrage in einem schulischen Bereich seitens der Stadt Emden ein entsprechendes Angebot gemacht worden sei. Die CDU-Fraktion werde ebenfalls zustimmen.

Herr Götze fragt, in welchen vorhandenen Einrichtungen die praktische Ausbildung absolviert werde und ob eine Entlohnung stattfinde.

Herr Buß entgegnet, der größte Anbieter vor Ort sei die OBW, aber auch Agilio habe Interesse gezeigt. Die Schule sei mit verschiedenen Institutionen im Gespräch. Da es sich bei dieser Fachschule um eine Vollzeitschule handele, werde in der Regel für ein Praktikum keine Vergütung gezahlt.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

Herr Mecklenburg stellt heraus, auch die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Da gerade in diesem Bereich ein großer Bedarf vorhanden sei, müssten alle Möglichkeiten genutzt werden, um junge interessierte Leute vor Ort zu qualifizieren.

Herr Böckmann schließt sich den Argumenten an und erklärt, auch seine Fraktion begrüße diese Vorlage sehr.

Beschluss: An den Berufsbildenden Schulen I der Stadt Emden wird zum 01.08.2016 eine Fachschule „Heilerziehungspflege“ eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7.1 Einführung eines Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) Wirtschaft
Vorlage: 16/2033

Herr Buß erläutert die Vorlage.

Herr Renken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Mecklenburg führt aus, seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, da diese Schulform für den Bereich Wirtschaft bisher noch nicht vorgehalten werde und somit eine Lücke in der Qualifizierung schließe.

Herr Bolinius erklärt, auch die FDP-Fraktion werde zustimmen. Er könne sich jedoch nicht vorstellen, dass ein Besuch der Schule im Bereich Wirtschaft mit einem schlechten oder sogar ohne Hauptschulabschluss möglich sei. Er fragt an, ob hier bereits Erfahrungen gemacht worden seien.

Herr Böckmann entgegnet, er mache seit 15 Jahren an den Berufsbildenden Schulen II Sozialarbeit und sei hauptsächlich mit dem BVJ betraut. Wenn es hier gelingen würde, eine Lücke zu schließen, so könne er das nur unterstützen. Es würde genug Bereiche z. B. in der Logistik geben, in denen sich junge Menschen noch qualifizieren oder über den Erwerb des Hauptschulabschlusses noch eine Qualifikation erreichen könnten.

Herr Renken erkundigt sich bei den Mitgliedern des Schulausschusses, ob Bedenken gegen einen Wortbeitrag von Frau Eilert als Vertreterin der BBS I bestehen würden. Der Ausschuss stimmt einer Stellungnahme zu.

Frau Eilert führt aus, in der BBS I würde es die Fachpraktikerausbildung im Verkauf und Lager geben. In beiden Ausbildungsjahrgängen sei die Nachfrage nach diesen Ausbildungsberufen groß. Außerdem kooperiere man mit der BBS II in der Berufsorientierung und könne feststellen, dass es sehr viele Nachfragen – auch gerade von den Förderschülern - im Bereich Wirtschaft und Verwaltung geben würde.

Herr Hegewald stellt heraus, die Politik sei gefordert, Lücken zu schließen. Wenn die Nachfrage vorhanden sei, sollte man dieser nachkommen. Insofern stimme die CDU-Fraktion uneingeschränkt der Vorlage zu.

Herr Seeck erklärt, er sei zwar für die Einführung eines BVJ, das wirklich zu einer Berufsqualifizierung führe. Doch in den vergangenen Jahren habe man aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit erlebt, dass das BVJ zu einer Warteschleife geworden sei. Von daher würde er empfehlen, nach einem Jahr ein Resümee zu ziehen, damit man wisse, was überhaupt mit den Jugendlichen passiere.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

Herr Bolinius schließt sich dieser Aussage an.

Herr Böckmann stellt heraus, dass in dem BVJ keine Schüler beschult würden, die bereits einen Hauptschulabschluss hätten. Dafür würde es andere Schulformen geben. Es gehe praktisch darum, den Jugendlichen eine Chance zu geben, sich in irgendeiner Form auf den ersten Arbeitsmarkt oder auf den Reha-Arbeitsmarkt etablieren zu können

Beschluss: An den Berufsbildenden Schulen I der Stadt Emden wird zum 01.08.2016 ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) Wirtschaft eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Steuerkreis Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 16/2011

Herr Sprengelmeyer erklärt, das Jahr 2015 sei im Wesentlichen davon geprägt gewesen, die Ratsbeschlüsse zur Schulstruktur umzusetzen, die im Steuerkreis Schulentwicklungsplanung vorbereitet worden seien. Im zweiten Halbjahr sei es dann um die Frage gegangen, wie man im Schulbereich mit den zugewiesenen Flüchtlingen, Asylbewerbern und Zuwanderungen umgehe. Jetzt müsse man vorankommen in der weiteren strategischen Ausrichtung im Bildungsbereich. Da man mit dem Steuerkreis gute Erfahrungen gemacht habe, möchte man nunmehr zur weiteren inhaltlichen Ausarbeitung im Bildungsbereich diesen Steuerkreis wieder aktivieren bzw. auch ein Stück weit ergänzen. Es würde auch darum gehen, einige Dinge, die noch von den Empfehlungen im inhaltlichen Bereich offenstehe, weiter zu entwickeln. Zudem gehe es natürlich auch um wichtige Themen wie u. a. Inklusion, den Umgang mit zugewiesenen Asylbewerbern, das Verpflegungskonzept oder den Übergang Schule und Beruf. Vor diesem Hintergrund schlage die Verwaltung vor, den Steuerkreis fachlich zu erweitern, um Sachverstand aus dem Bereich der Grundschulen, aus dem Bereich der weiterführenden Schulen, aus dem Bereich der Jugendhilfe und der Schulsozialarbeit hineinzubringen. Die Verwaltung werde sich an diesen Sitzungen natürlich entsprechend mit eigenem Personal beteiligen. Da man auch andere Träger beteiligen wolle und gerade den Punkt Jugendhilfe und Schulsozialarbeit in enger Kooperation mit dem Arbeitskreis Jugendhilfe Schule durchführen wolle, solle aus diesem Kreis heraus jeweils Vertreter benannt werden.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass im März die nächste Sitzung des Steuerkreises stattfinden würde. Sicherlich würden die aktuellen Themen Zuwanderung und Verpflegungskonzept ganz oben stehen, um auch zu überlegen, wie es in diesen Bereichen weitergehe.

Herr Renken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Mecklenburg begrüßt es, dass es nunmehr im Steuerkreis um die inhaltliche Arbeit gehe. Daher sei es auch gut, dass der Wunsch der Betroffenen, im Steuerkreis mitzuwirken, auch erfüllt werde. Es stelle sich ihm an dieser Stelle jedoch die Frage, auf welche Weise einvernehmlich Vertreter bzw. Vertreterinnen benannt werden könnten.

Herr Hegewald stellt heraus, der Steuerkreis sei eingerichtet worden, um die Schulstrukturreform zu begleiten. Das habe er auch gut und richtig gemacht. Nun wolle er sich jedoch mit Themen beschäftigen, die eigentlich auch vom Schulausschuss behandelt werden könnten. Da der Steuerkreis nicht öffentlich tage, müsse man aufpassen, dass nicht allzu viele Themen aus dem Ausschuss in den Steuerkreis hineingehen und in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr spielen würden. Auch habe er bezüglich der Größe des Gremiums Bedenken, da dann weder sinnvoll oder richtig gearbeitet werden könne. Abschließend bemerkt Herr Hegewald, ihm sei es wichtig, dass der Schulausschuss nicht an Kompetenzen verliere und die Öffentlichkeit an den Beratungen weiter teilnehmen könne.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

Herr Bolinius erklärt, er habe im Steuerkreis mitgewirkt, der auch mit den Schulen zusammen gearbeitet habe. Doch habe er jetzt die Befürchtung, dass die Fraktionen in diesem großen Kreis nur noch eine Minderheit seien. Auch sei seiner Ansicht nach eine effiziente Arbeit schwierig. Er fragt an, wohin die dort gefassten Beschlüsse letztendlich übertragen würden.

Herr Sprengelmeyer führt aus, der Steuerkreis könne keine Entscheidungen treffen, sondern dem Schulausschuss oder dem Jugendhilfeausschuss lediglich Empfehlungen geben, die dann in den Ausschüssen in öffentlicher Sitzung weiterbehandelt und entschieden würden. Der Steuerkreis habe allerdings die Aufgabe, eine Meinungsbildung zu ermöglichen. Weiter sei er in der Lage, unter der Beteiligung von Politik, Fachverwaltungen, Stadtelternrat, Kindertagesstätten und Schulen, Landesschulbehörde unter verschiedenen Aspekten Vorschläge vorzubereiten, die dann in den Ausschuss gehen würden, um dort Diskussionen führen zu können. Es gehe somit darum, Beteiligungsformen und auch Nachfragen zu ermöglichen. Das sei in dieser Tiefe in den Ausschüssen nicht möglich. Damit habe man eine ganz andere Basis für die politische und öffentliche Diskussion.

Bezüglich der Besetzung des Steuerkreises erklärt Herr Sprengelmeyer, in den letzten Jahren habe man in unregelmäßigen Abständen Besprechungen mit den Schulen gehabt. Dieses würde auch zukünftig so bleiben. Das bedeute, einmal im halben Jahr werde es eine Besprechung mit allen Schulleitungen geben, jeweils eine Besprechung konzentriert zu dem Bereich Grundschulen und zu dem Bereich weiterführende Schulen. Es habe sich gezeigt, dass dieses sehr sinnvoll sei. In diesem Kreis würde er dann vorschlagen, hier jeweils eine Person zu benennen, die im Steuerkreis mitarbeite. Das würde dann zwischen den Schulleitungen abgestimmt werden. Seiner Meinung nach dürfte es hier kein Problem geben, da es auch in der Vergangenheit durchaus Arbeitsgruppen gegeben habe.

Herr Götze bemerkt, in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales sei den Mitgliedern eine Beschlussvorlage über die Durchführung von Schulassistenz für Schüler und Studenten mit entsprechendem Eingliederungsbedarf vorgelegt worden. Die zunehmende Schulassistenz im Rahmen der Inklusion habe große Auswirkungen auf die Schulorganisation in Emden. Die Ansichten über die Aufgaben und Tätigkeitsfelder für die Schulassistenz würden noch weit auseinander gehen. Eine Begrenzung werde nur auf außerunterrichtliche Tätigkeiten von Fachleuten in der Praxis gesehen. Er wirft die Frage auf, ob es angebracht und notwendig sei, die Schulen bei der Umsetzung dieses Inklusionsprozesses von Anfang an mit zu beteiligen. Das sei genau die Gruppe, die sich mit dem Thema beschäftigen könnte, damit auch die Interessen der Schulen mit berücksichtigt würden.

Herr Böckmann führt aus, der Steuerkreis Schulentwicklungsplanung sei im Grunde genommen ein beratendes Gremium für den Schulausschuss. Wenn nunmehr aus dem Arbeitskreis Jugendhilfe und Schule Personen benannt würden, dann würden sich dort Fachleute aus der gesamten Emdener Schullandschaft wiederfinden. Zwar könne er die Bedenken verstehen, aber unter Berücksichtigung der Tatsache, dass dort wirklich Leute aus allen Professionen sitzen würden, sei dieses es eine sinnvolle Ergänzung. Somit könne man dem nur zustimmen.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, der Steuerkreis müsse sich selber definieren. Hier würden Dinge auf den Weg gebracht, die sicherlich auch noch einmal kontrolliert und bewertet werden müssten.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Götze führt Herr Sprengelmeyer aus, bei diesem Beschluss im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sei es um reine Schulassistenz im Rahmen des SGB XII Eingliederungshilfe gegangen. Inklusion sei noch einmal etwas anderes. Man habe für den Bereich Inklusion die Kooperation mit den Schulen, Klärungsaufträge und Maßnahmebündel. Zudem habe man einen runden Tisch, wo das Ganze zusammengeführt werde. Hier sei

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

man z. B. auch mit allen Trägern im Gespräch, welche Standards benötigt würden, um inklusiv arbeiten zu können.

Herr Kronshagen stellt heraus, der bisherige Steuerkreis habe vertraulich gearbeitet

Herr Sprengelmeyer unterstreicht die Eigenständigkeit des Steuerkreises. Der Kreis müsse in der Lage sein, zwischen vertraulichen Bereichen und öffentlichen Bereichen wie Inklusion oder die Flüchtlingssituation zu unterscheiden. Es gehe natürlich auch darum, offen miteinander über verschiedene Konzepte zu sprechen und zu beraten. Solche Informationen müssten natürlich z. B. die Fraktionsvertreter auch mit in ihre Fraktion nehmen, um auch dort beraten zu können.

Beschluss: Der Steuerkreis Schulentwicklungsplanung wird um vier Mitglieder erweitert:

1. Vertreter/in Grundschulen
2. Vertreter/in weiterführende Schulen
3. Vertreter/in Jugendhilfe
4. Vertreter/in Schulsozialpädagogik

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 9 Sachstand Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 16/2012

Herr Buß erläutert die Vorlage.

Weiter führt er aus, es würde ein Antrag der Schulleitung der Oberschule Herrentor vorliegen, die Schule mit einem Sozialpädagogen auszustatten. Diesen Antrag werde man stellen, da es noch das entsprechende Förderprogramm des Landes geben würde. Grundsätzlich stelle das Land für Oberschulen eine halbe Stelle für Schulsozialpädagogen zur Verfügung.

Bezüglich der Mensa der Grundschule Grüner Weg erläutert Herr Buß anhand erster Entwürfe eine mögliche Lösung.

Herr Renken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius bemerkt, man könne über die vielen Aktivitäten nur staunen, nachdem die Schul-landschaft völlig umgekrempelt worden sei und Kosten von fast 15 Mio. € verursacht habe. Seiner Ansicht nach müsste dieses auch in den Schulen große Anerkennung finden.

Besonders freue es ihn, dass in den Berufsbildenden Schulen II endlich in den Lehrküchen etwas gemacht werde. Seiner Meinung nach sei dieses dringend nötig.

Hinsichtlich der Oberschule Herrentor bittet Herr Bolinius, diesen Antrag an das Protokoll zu hängen, da seiner Fraktion bisher kein Antrag bekannt gewesen sei.

Herr Böckmann ist ebenfalls erfreut, dass sich alles so gut entwickelt habe. Besonders interessieren würde ihn hinsichtlich der Ausstattung der naturwissenschaftlichen Räume an der BBS II, ob hier evtl. erforderliche zusätzliche Baumaßnahmen den Haushalt tangieren würden oder ob diese Ausgaben bereits in das Budget für die BBS II bereits eingearbeitet sei.

Herr Engelberts ist der Ansicht, dass der Weg für die IGS-Schüler zur Emsschule recht weit sei. Er fragt an, ob es eine Planung gebe, wie die Kinder dort hinkämen.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

Herr Buß führt bezüglich des Antrages der Oberschule Herrentor aus, die Verwaltung habe in einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses darüber berichtet, dass der Antrag der Schule vorliegen und von der Verwaltung bearbeitet würde. Die Stadt Emden als Schulträger beantrage nunmehr beim Land 0,5 Stellen. Hier gehe es um die Einwerbung von Landesmitteln, die dazu verwendet würden, die Schulsozialarbeit an der Schule zu finanzieren. Die Schulsozialarbeit werde über einen Anstellungsträger organisiert.

Hinsichtlich der Lehrküchen in der BBS II erklärt er, diese seien über 30 Jahre alt und abgänglich. Genauso würde es mit den naturwissenschaftlichen Einrichtungen aussehen. Da die Anlagen so nicht mehr verwendet werden dürften, müsste hinsichtlich der Sicherheitstechnik investiert werden. Die Finanzierung der Ausstattung sei über die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel sichergestellt. Ob bauliche Maßnahmen an dieser Stelle erforderlich seien, sei noch nicht ganz geklärt.

Herr Buß geht auf die Sportmöglichkeiten für die IGS ein. Fakt sei, dass die Schule aufgrund ihrer Größe im Grunde genommen zwei Turnhalleneinheiten benötige. Diese würde auf dem Gelände der IGS nicht zur Verfügung stehen, da es sich hier um eine ganz normale Einfachsporthalle handele. Die vorhandene Sportaußenanlage könne im Sommer genutzt werden. Darüber hinaus sei man nunmehr in der Lage, als zweite Turnhalleneinheit die Turnhalle der ehemaligen Emsschule zur Verfügung zu stellen. Insofern würde an dieser Stelle im Sportbereich keine Not hinsichtlich der Unterrichtsversorgung entstehen. Für den zurückzulegenden Weg werde eine Schülerbeförderung zur Verfügung gestellt, um einen pünktlichen Unterrichtsbeginn zu gewährleisten.

Herr Baumann bezieht sich auf die baulichen Maßnahmen an der BBS II und erklärt, das Gebäudemanagement sei seit dem Jahre 2007 dabei, das Gebäude der BBS II baulich zu ertüchtigen. So habe man im letzten Jahr die Dächer über den Werkstätten Richtung Westen komplett erneuert. In diesem Jahr wolle man damit beginnen, die anderen Werkstätten auf der Nordseite zu erneuern. Auch habe man im letzten Jahr die Brandmeldeanlage komplett erneuert, um sie den neuesten Standard anzupassen. Derzeit befinde man sich noch in der Diskussion mit dem Fachdienst Schule und Sport, inwieweit das Gebäudemanagement die Einrichtung der naturwissenschaftlichen Räume finanziell unterstützen könne. Durch die neuen Einrichtungen seien auch bauliche Maßnahmen erforderlich geworden. In diesem Jahr und in den folgenden Jahren werde nach den derzeitigen Planungen jährlich 600.000 € für die BBS II vorgesehen. Mit der Schulverwaltung müsse noch abgestimmt werden, inwieweit diese Gelder auch noch für die baulichen Maßnahmen im Rahmen der Erneuerung der naturwissenschaftlichen Unterrichtsräume ausreichen würden.

Auf die Frage von **Herrn Kronshagen**, ob der Plan der Mensa der Grundschule Grüner Weg auch die Bitte der Schule nach einem gleichzeitigen Essen von 150 Kindern erfülle, erklärt **Herr Buß**, diese Sitzplatzzahl werde gewährleistet.

Frau ten Doornkaat macht darauf aufmerksam, dass es auch durch die Dächer in den Treppenhäusern der BBS II hineinregnet. Von daher wäre es sehr praktisch, wenn nicht nur die Dächer der Werkstätten und der naturwissenschaftlichen Räume erneuert würden.

Herr Baumann entgegnet, er sei sich darüber im Klaren, dass alle Dächer noch angefasst werden müssten. Die Flachdächer über den Hauptgebäuden seien jedoch immer wieder sukzessive repariert worden. In den Treppenhäusern sei es etwas problematisch. Aber das Gebäudemanagement versuche, insbesondere die Unterrichtsräume trocken zu halten. Daher sei es das eigentliche Ziel, zunächst einmal die Werkstattdächer zu erneuern.

Herr Seeck berichtet darüber, dass ihm zugetragen worden sei, dass die Mensa des Max-Windmüller-Gymnasiums auch von den Schülerinnen und Schülern der BBS II genutzt würde

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

und es teilweise Schwierigkeiten für die jüngeren Schülerinnen und Schüler geben würde, einen Platz in der Mensa zu bekommen. Er fragt an, ob diese Situation bekannt sei und ob eine entsprechende Veränderung geplant sei.

Herr Buß erklärt, es sei bekannt, dass die Mensa des Max-Windmüller-Gymnasiums von mehreren Schulen genutzt werde. Das sei von vorherein so konzeptioniert worden. Ihm seien aber noch keine Klagen zu Ohren gekommen, dass die jüngeren Kinder aus dem Max-Windmüller-Gymnasium keinen Platz in der Mensa gefunden hätten. Hier werde er mit der Schulleitung des Max-Windmüller-Gymnasiums sprechen.

Herr Bolinius fragt an, ob das Gebäudemanagement nach der Liste der Schulleitung der BBS II arbeite, die vor Monaten an die Fraktionen gegeben worden sei.

Herr Baumann erklärt, es würden regelmäßige Treffen mit der Schulleitung der BBS II stattfinden. Natürlich versuche man, gemeinsam mit der Schule und der Schulverwaltung die Wünsche so weit wie möglich umzusetzen. Doch auch das Gebäudemanagement habe seine eigenen Prioritäten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Raumplanung IGS Emden
Vorlage: 16/2013

Herr Buß erklärt, die Verwaltung habe von der Politik den Auftrag bekommen, noch einmal ein klärendes Gespräch mit der Schulleitung der IGS Emden bezüglich der Raumplanung zu führen. Dieses sei auch geschehen mit dem Ergebnis, dass auf der Grundlage der aktuellen Datenlage und einer geplanten Vierzügigkeit im neuen Jahrgang 5 der jetzige Standort unter der Voraussetzung der Vornahme geringfügiger baulicher Maßnahmen im nächsten Schuljahr räumlich auskömmlich sei.

Eine weitere Klassenteilung im Zuge steigender Schülerzahlen im Rahmen der Flüchtlingssituation würde allerdings zu räumlichen Engpässen führen. Darauf habe die Schulleitung deutlich hingewiesen. Auch müssten im Schuljahr 2017/2018 ggf. für den Sekundarbereich II weitere Räume zur Verfügung gestellt werden. Diese könnten jedoch auch nach Rücksprache mit dem Leiter der Förderschule in dem Gebäude der Förderschule bereitgestellt werden. Dort laufe aufgrund der Inklusion der Förderschwerpunkt Lernen aus, sodass der sogenannte Altbau im Wesentlichen zur Verfügung stünde.

Derzeit würde der Bereich Hauswirtschaft an der Grundschule am Wall unterrichtet. Auf die Situation im Sportbereich sei er bereits eingegangen, sodass insgesamt festzustellen sei, dass man mit dem Gebäude der IGS für das kommende Schuljahr gut aufgestellt sei. Eine verlässliche langfristige Planung sei im Moment aufgrund der unterschiedlichsten Einflussfaktoren wie das Anmeldeverhalten der Eltern und die Flüchtlingssituation äußerst schwierig. Nach Vorlage der Anmeldezahlen werde die Raumplanung erneut mit der Schulleitung diskutiert.

Herr Bolinius erklärt, seine Fraktion sei sehr überrascht gewesen, als man im Herbst 2015 das Schreiben der IGS erhalten habe. Die Situation sei nach den Ausführungen von Herrn Buß jedoch völlig anders, als sie von der Schulleitung dargestellt worden sei. Daher sei man seiner Ansicht nach hier auf einem guten und richtigen Weg.

Frau Stüber erklärt, sie könne für die Grundschule am Wall sagen, dass die Situation im dem Hauswirtschafts- und Sportbereich im Hause der Grundschule sehr gut funktioniere. Sie fragt an, ob es langfristig zu einer Veränderung in der IGS kommen werde, da es sicherlich nicht ganz einfach sei, wenn die Schülerinnen und Schüler über das ganze Stadtgebiet verteilt seien.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

Herr Sprengelmeyer führt aus, man werde sich sicherlich nach der Sommerpause noch einmal verständigen müsse, wie es weitergehe. Dieses sei natürlich ganz entscheidend von den Anmeldezahlen und der Flüchtlingssituation abhängig. Vor diesem Hintergrund werde man sich sicherlich die Planung sowohl im Bereich der IGS aber auch aller anderen Schulen noch einmal genauer ansehen.

Herr Hegewald stellt heraus, die Position der Verwaltung trage bei seiner Fraktion sehr zur Beruhigung der Situation bei, denn auch die CDU-Fraktion sei über den Brief der Schulleitung der IGS sehr erschrocken gewesen.

Herr Bornemann führt aus, so wie er das Schreiben der Schulleitung der IGS in Erinnerung habe, sei man bei der Entwicklung der Schule in Richtung Best Case ausgegangen. Auch könne die Schulleitung der IGS die Berücksichtigung der Förderschule nicht alleine anstrengen. Von daher sei es so, wie Herr Sprengelmeyer bereits ausgeführt habe und hänge von den weiteren Zügigkeiten ab. Er habe aber auch Herrn Kottkamp so verstanden, dass man die Schulen in der weiteren Entwicklung langfristig betrachten müsse.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Beschulung der Flüchtlingskinder
Vorlage: 16/2014

Herr Buß erläutert die Vorlage führt weiter aus, zurzeit seien neben diversen Sprachlernmaßnahmen und Kursen an den Emden Schulen acht Sprachlernklassen eingerichtet. Auch diese Plätze seien alle belegt. Zwei weitere Sprachlernklassen seien nunmehr beantragt worden. Daneben führt die BBS II auch eine sogenannte Sprintklasse, in der die Jugendlichen in Sprachkursen im Rahmen dieser Maßnahme die deutsche Sprache erlernen würden.

Er gibt zu bedenken, dass auch die Kinder und Jugendlichen in den Sprachlernklassen Räume benötigten.

Abschließend teilt Herr Buß mit, dass zurzeit 103 Flüchtlingskinder die Emden Schulen besuchen würden. Bei 30 Kindern und Jugendlichen laufe derzeit das sogenannte Zuweisungsverfahren. Schwierig sei insbesondere die Situation im Bereich der 15- und 16-jährigen Kinder, eine geeignete Schule bzw. Maßnahme zu finden.

Herr Renken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius ist der Meinung, dass es sehr schwierig sei, die Flüchtlingskinder insgesamt zu beschulen. Er fragt an, ob mit den erstatteten Kosten pro Person in Höhe von 9.000 € alles abgedeckt sei. Weiter bittet er die Verwaltung um eine Aufstellung, wie viele Flüchtlingskinder an welchen Schulen beschult würden. Abschließend lobt es die Arbeit der Verwaltung hinsichtlich der Flüchtlingsproblematik.

Herr Böckmann schließt sich dem Lob an. Er würde mit großer Sorge sehen, wenn gerade im Grundschulbereich die Flüchtlingskinder beschult würden und man hier aufgrund baulicher Vorgaben auf bestimmte Zügigkeiten beharre. Es handele sich um teilweise schwertraumatisierte junge Menschen. Dieses gehe auch zu Lasten derer, die schon im Vorfeld in den Klassen gewesen seien. Seiner Ansicht nach müsse man eine gewisse Behutsamkeit an den Tag legen und sich entsprechend den neuen Gegebenheiten anpassen und neue Zügigkeiten erstellen.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

Frau L. Meyer stellt heraus, neben den Räumlichkeiten würde aber auch mehr Lehrkräfte benötigt werden, da die vorhandenen nicht mehr leisten könnten. Sie fragt an, ob die Stadt Emden in Hannover anfragen müsste.

Frau Stüber gibt zu bedenken, dass eine bestehende Klasse mit 17 Kindern nicht mit elf Flüchtlingskindern aufgefüllt werden könne. Hier bitte sie darum, eine enge Absprache mit der Schulleitung zu treffen. Auf die Anmerkung von Frau Meyer erklärt sie, selbstverständlich müssten diese Sprachlernklassen nicht nur eingerichtet werden. Auch müssten adäquate Lehrkräfte zur Verfügung gestellt werden.

Weiter führt sie aus, sie begrüße es, dass die Flüchtlingssituation nunmehr auf allen Rücken getragen werden und die Kinder auf die Schulen verteilt würden, sodass es zum Problem aller Schulen und nicht nur der in Barenburg und Borssum werde.

Abschließend weist sie auf die Veranstaltung „Migrationsgesellschaftliche Anforderungen an den Bildungseinrichtungen“ am 25.02.2016 hin.

Herr Sprengelmeyer erklärt, die Verwaltung sei gerne bereit, eine Aufstellung kurzfristig zur Verfügung zu stellen. Dabei könne es sich jedoch nur um eine Momentaufnahme handeln, weil es in der nächsten Woche schon wieder ganz anders aussehen würde. In der morgigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses werde man noch detaillierter auf die ganze Situation eingehen, da es nicht nur den Schul-, sondern auch den Kindertagesstättenbereich betreffen würde.

Er führt aus, es würde eine sehr enge Zusammenarbeit innerhalb der Fachbereiche 400, 500 und 600 geben. Da mit täglichen Änderungen zu rechnen sei, würde es regelmäßige Treffen geben, in denen über anstehende Verteilungen gemeinsam beraten werde.

Hinsichtlich der Zügigkeiten stellt Herr Sprengelmeyer heraus, es könne nur eine weitere Klasse aufgemacht werden, wenn für diese Klasse auch ein Raum vorhanden sei. In der nächsten Sitzung des Steuerkreises werde auch darüber diskutiert, wie man die Verteilung der Flüchtlingskinder vornehmen wolle. Gerade zwischen den Schulen und der Verwaltung würde es eine sehr enge und schnelle Kooperation geben. Man wolle unter allen Umständen versuchen, so lange wie möglich die Standards zu halten.

Bezüglich des zusätzlichen Lehrkräftebedarfs bemerkt Herr Sprengelmeyer, die Stadt Emden könne keine Lehrkräfte einstellen. Das sei die Aufgabe der Landesschulbehörde. Wenn eine Klasse neu eingerichtet werde und in Hannover sei die Lehrerstelle bewilligt worden, so bedeute das noch lange nicht, dass entsprechende Lehrkräfte auch vor Ort seien. Seiner Ansicht nach müssten diese Standards im Laufe der Zeit heruntergefahren werden. Natürlich wolle man so lang wie möglich den Standard halten, doch müsse man auch der Situation Rechnung tragen, da es ein Mengenproblem sei. Im ersten Halbjahr 2016 würden 800 Menschen zugewiesen. 1/3 davon würden Kinder und Jugendlichen sein, von denen ein Teil schulpflichtig, ein anderer im Vorschulalter sei.

Herr Bornemann bestätigt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Verwaltung würden sehr intensiv und umsichtig an diesen Themen arbeiten. Dabei würde die Situation ständig wechseln. Auf die Frage von Herrn Bolinius entgegnet er, seit dem 01.01.2016 würden für jeden Flüchtling 9.500 € gezahlt werden. Zum 01.01.2017 werde diese Summe auf 10.000 € erhöht. Doch man könne mittlerweile feststellen, dass dieses Geld immer weniger auskömmlich sein werde und die Kosten davonlaufen würden.

Weiter führt Herr Bornemann aus, auch müsse man noch abwarten, ob die Notunterkunft in der Barenburgschule noch bestehen bleibe. Diese Entscheidung werde in den nächsten 14 Tagen getroffen, da das Land noch keinerlei Vereinbarungen abgeschlossen habe. Durch die Wetterlage des Winters kämen derzeit weniger Flüchtlinge. Das habe das Land in die Lage versetzt,

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

die Notaufnahmen teilweise auslaufen zu lassen. Doch müsse man in diesem Jahr mit ziemlicher Sicherheit noch einmal von den gleichen Zahlen des letzten Jahres ausgehen. Dieses werde eine riesige Herausforderung. Insofern werde die Verwaltung versuchen, das Thema wirklich permanent und so gut wie möglich in den Griff zu bekommen, damit man auch die Förderung erhalte. Zudem müsse man davon ausgehen, dass diese Kinder die Emdener Schulen durchlaufen würden. Diese Menschen würden viele Jahre in Emden bleiben und dann müsse die Integration auch gelingen.

Herr Hegewald bemerkt, er habe den Eindruck, dass bislang alles gut funktioniert habe. Es bleibe zu hoffen, dass dieses auch für die Zukunft gelte. Er habe es aber nicht so ganz verstanden, dass viele von den Flüchtlingen, die nach Emden kämen, sehr schnell wieder weiterziehen würden. Er stellt sich die Frage, ob die zugewiesenen Flüchtlinge, die hier permanent bleiben sollen, auch die Verpflichtung hätten zu bleiben.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, die Erfahrung habe gezeigt, dass die zugewiesenen Menschen tatsächlich hier bleiben würden.

Herr Buß führt bezüglich der Anmerkung von Herrn Böckmann aus, natürlich müsse man die Zügigkeiten beachten. Es werde versucht, dieses so behutsam wie möglich für die Kinder und Jugendlichen umzusetzen. Es würden z. B. keine Geschwisterkinder auseinander gerissen. Auch würde man versuchen, die Schülerbeförderung so zu gestalten, dass möglichst schnell eine Selbstständigkeit entstehe.

Herr Seeck bedankt sich für die Aktivitäten seitens der Verwaltung und der Ehrenamtlichen, die sich mit der Flüchtlingsproblematik beschäftigen würden. Er wünsche sich, dass man nicht in die Situation käme, die Bildungsstandards an den Schulen abzusenken, da dieses erhebliche Probleme geben werde. Er spricht das „100 Sozialpädagogen-Programm“ für den Bereich der Grundschulen an. Auf die Frage, ob Anträge bereits vorbereitet seien, entgegnet **Herr Sprengelmeyer**, hier warte man auf Informationen.

Herr Bornemann erklärt, es habe selbstverständlich auch eine Aktivität im Rahmen des Städtetages gegeben. In der kommenden Woche würden die Bürgermeister zu einer Gesamtkonferenz eingeladen, um aus den Erfahrungen dann auch die Anforderungen des Städtetages zu formulieren. Das Gleiche passiere auch bei der Landrätekonzferenz und bei Städte- und Gemeindebund. Die Vertretungen der Kommunen seien sich weitgehend einig, was noch zusätzlich erforderlich sei. Es sei eine ständige Anpassung an die Realität und an die Entwicklung.

Herr Bolinius führt aus, es sei sehr wichtig, dass seitens des Staates Deutschkurse zur Verfügung gestellt würden. So seien z. B. in Petkum 47 Flüchtlinge untergebracht, die keinen Kursus besuchen könnten, da alle Deutschkurse bei der VHS belegt seien. Diese Menschen bräuchten eine Beschäftigung.

Herr Bornemann bemerkt, es sei Aufgabe der Arbeitsverwaltung, die Menschen in Arbeit zu bringen. Hier würde es auch bereits Programme geben. Ansonsten werde über die Domizilpflicht wieder auf Bundesebene diskutiert und irgendwann zur Entscheidung gebracht.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Schülervertretung der Oberschule Wybelsum

Herr Sprengelmeyer berichtet, er sei im Rahmen der Gedenkveranstaltung am 27.01.2016 von der Schülervertretung der Oberschule Wybelsum angesprochen und um einen Termin gebeten worden. Heute seien zwei Schülervertreter bei ihm gewesen, hätten ihr Anliegen vorgebracht und darum gebeten, dieses auch im Schulausschuss vorzutragen. Da der Zeitpunkt sehr günstig gewesen sei, habe er die Schülervertreterin, Frau Merle Methling, gebeten, selber ihr Anliegen im Ausschuss vorzutragen. Er begrüßt sie und lobt ihr Engagement, denn gerade die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern sei sehr wichtig. Nach Rücksprache mit dem Ausschussvorsitzenden bittet er nunmehr um Zustimmung, damit Frau Methling ihr Anliegen vorbringen könne. Besonders weist Herr Sprengelmeyer darauf hin, dass es nicht um die Thematik gehen würde, damit werde man sich bis zu den Osterferien beschäftigen, sondern lediglich um die Beteiligung und Wertschätzung.

Herr Renken stellt fest, dass der Ausschuss damit einverstanden sei und sich auf den Wortbeitrag von Frau Methling freue.

Frau Methling stellt sich zunächst vor und erklärt, die Oberschule Wybelsum habe ein großes Problem mit ihrer Außensportanlage. Schon vor langer Zeit sei eine Sanierung versprochen worden. Aber es habe sich bisher nichts getan. Ihrer Ansicht nach herrsche auch eine sehr große Verletzungsgefahr. Zudem würde es in der Sporthalle durchlecken. Nach Ansicht der Schülervertretung müsse hier unbedingt etwas unternommen werden, da die Zustände echt katastrophal seien.

Herr Renken bedankt sich und stellt heraus, das Gebäudemanagement werde sich dieses Problems annehmen.

Herr Sprengelmeyer erklärt, ihm seien heute Listen mit den Unterschriften aller Schülerinnen und Schüler übergeben worden.

2. Ausschreibung der Stelle Schulleitung Oberschule Borssum

Herr Buß macht darauf aufmerksam, dass die Stelle der Schulleitung der Oberschule Borssum ausgeschrieben worden sei. Die Stelle sei zum 01.02.2017 neu zu besetzen. Das Stellenbesetzungsverfahren laufe nunmehr an.

3. Anmeldetermine für die Grundschulen und für die weiterführenden Schulen

Herr Buß weist auf die Anmeldetermine der Erstklässler 2017 für die Grundschulen am 11.04.2016 hin. In der 16. Kalenderwoche ab dem 18.04.2016 könnten die Anmeldungen für die weiterführenden Schulen vorgenommen werden. Am 25.02.2016 würde ein Informationsabend für die betroffenen Schülerinnen und Schüler und deren Eltern in der BBS II stattfinden.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2016

TOP 13 Anfragen

1. Lesenester

Frau Stüber bezieht sich auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich der Lesenester. Von der Stadt Aurich wisse sie, dass dort die 50 Lesenester mit 130.000 € bezuschusst würden, weil man in den Grundschulen festgestellt habe, wie wichtig das für den weiteren Unterrichtsverlauf gerade im Bereich Deutsch sei.

Herr Sprengelmeyer führt aus, die Beantwortung der Anfrage sei bereits in Bearbeitung. Er könne jedoch sagen, dass es für dieses Jahr auf jeden Fall weitergehe. Die Verwaltung stehe auch in einem sehr engen Austausch mit Aurich. Hier sei man gemeinsam auf dem Weg. Er gehe davon aus, dass die Antwort zum Wochenende verschickt werden könne.

2. Schulessen/Verpflegung

Herr Renken spricht den Zeitungsbericht über die Tagung der Bildungsregion Ostfriesland in Aurich an und erkundigt sich, ob auch Vertreter aus Emden an dieser Veranstaltung teilgenommen hätten.

Herr Buß entgegnet, neben Vertretern der Stadt Emden, die für diesen Bereich zuständig seien, hätten auch verschiedene Caterer und Beteiligte aus den Emden Schulen an dieser sehr anregenden Tagung teilgenommen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.